

## Pressemitteilung

### **Marburger Bund: „Kurzarbeit in den Asklepios Harzkliniken Goslar und Seesen ist unverantwortlich“**

Der private Klinikkonzern Asklepios plant, die Beschäftigten in den Asklepios Harzkliniken Goslar und Seesen in Kurzarbeit zu schicken. In Seesen gilt dies für alle Beschäftigten. In Goslar sind unter anderem Beschäftigte in der Pflege ausgenommen, wohingegen ärztliches und therapeutisches Personal betroffen wäre. Der Konzern hat sich mit entsprechenden Plänen an die Betriebsräte gewandt.

Der Marburger Bund Niedersachsen kritisiert die geplante Kurzarbeit für Beschäftigte der Asklepios Harzkliniken Goslar und Seesen scharf.

*„Wir halten diese Pläne für unverantwortlich. Diese verordnete Zwangspause reißt Lücken in die Versorgung. Wir brauchen dringend alle verfügbaren Personalkapazitäten, um auf eine mögliche Zuspitzung der Lage vorbereitet zu sein. Das gilt auch im Harz“,* sagt Andreas Hammerschmidt, 2. Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen, und fährt fort:

*„Auch wenn in manchen Teilbereichen gerade kein Normalbetrieb stattfindet, weil beispielsweise geplante Operationen abgesagt wurden, gibt es weiterhin genug zu tun. Es wird immer wieder vergessen, dass es auch fernab von Covid-19 weiterhin Erkrankungen und auch Notfälle gibt. Herzinfarkte, Schlaganfälle oder Frakturen hören doch nicht auf zu existieren, weil zurzeit eine Corona-Pandemie herrscht. Zudem können wir nicht wissen, wie sich die Lage entwickeln und wie viele Covid-19-Erkrankte es in den kommenden Wochen geben wird. Auch wenn Niedersachsen aktuell relativ gut da steht.“*

Die Zahl der Erkrankten könne sich binnen kürzester Zeit stark erhöhen, so Hammerschmidt weiter. Die Kliniken müssten jetzt darauf vorbereitet sein, alle möglichen Kapazitäten offen zu halten.

*„Das Vorgehen macht absolut keinen Sinn, ist geringschätzend und demoralisierend“,* kritisiert Hammerschmidt. *„Wir brauchen in dieser Situation alle Beschäftigten. Alles andere ist unverantwortlich.“*

Zudem erhielten Krankenhäuser bei Verschiebung planbarer Aufnahmen und Operationen für Erlösausfälle Ausgleichszahlungen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ sei eine Anmeldung von Kurzarbeitergeld „zur Sicherung der Liquidität des Krankenhauses daher nicht erforderlich“.

Hammerschmidt vertritt hier eine klare Meinung: *„Das Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz wurde ja gerade dafür geschaffen, Einnahmeausfälle zu kompensieren und Maßnahmen wie*

*Kurzarbeit zu verhindern, damit alle möglichen Kapazitäten zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie offen gehalten werden. Man könnte den Eindruck bekommen, Asklepios wolle einerseits die Mittel aus dem Sozialsicherungspaket mitnehmen und gleichzeitig seine Personalausgaben für Goslar und Seesen auf Kosten der Beschäftigten senken. Sollte es zu einer Zuspitzung der Pandemie kommen, würde das im schlimmsten Fall wohl auch auf Kosten der Bevölkerung erfolgen.“*

Hannover, 17. April 2020

Kontakt:

Andreas Hammerschmidt, 2. Vorsitzender Marburger Bund Niedersachsen

[hammerschmidt@mb-niedersachsen.de](mailto:hammerschmidt@mb-niedersachsen.de)

Mobil: 0175 54 03 300